

Ercheint wöchentlich
einmal: Freitags.
Anzeigen: Die fünfgepaltene
Beilage 40 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Woche

Abonnement
vierteljährlich 1,— Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreislifte.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (s.-v.)

Nr. 3

Berlin, den 19. Januar 1912

23. Jahrg.

Verantwortl. Amt
VII, Nr. 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,
Seldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Verantwortl. Amt
VII, Nr. 4720

Inhaltsverzeichnis. Nach dem Wahltage. — Streit und Aussperrung. — Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England. — Die amtliche Statistik über Betriebsunfälle. — Die Tätigkeit der Ortsverbände. — Rundschau: Die deutsche Krankenversicherung 1910. Körperliche Widerstandsfähigkeit gelernter und ungelernter Arbeiter. Storbild, eine soziale Krankheit. Der Holzwert im deutschen Rongo. Die sozialdemokratische Parteipresse. — Feuilleton: Das Umräumen der Oberfläche und des Gefüges von Nuzholz. — Aus der Reichspräsidentenwahl. — Patentschau. — Hygienisches. — Bekanntmachung. — Anzeigen.

Nach dem Wahltage.

Die Hauptwahlen zum Reichstage sind vorüber und das Resultat derselben ist ein beispieldarstellender Gewinn für die Sozialdemokratie. Die bürgerlichen Parteien haben unter dem Ansturm der verärgerten und von der Sozialdemokratie aufgeweckten Wählermassen gegenüber der am weitesten links stehenden Partei schlecht abgeschnitten.

Wie war das möglich? Versuchen wir daher noch einmal die Situation zu beleuchten. Als vor fünf Jahren die Wahlen mit einer Niederlage der Sozialdemokratie endeten, da konnte man annehmen, es würden nun die bürgerlichen Parteien versuchen, den Wünschen der Masse des Volkes, soweit es denkbar, entgegenzukommen. Wir wollen nicht leugnen, daß dieser Versuch anfangs gemacht, aber schon bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1909 aufgegeben wurde bzw. alles vorangegangene vergessen war. Ja, man pries die Reichsfinanzreform als eine nationale Tat von den rechtsstehenden Parteien, dem sogenannten schwarz-blauen Blod. Ohne die Reichen in nemenswerter Weise zu belasten, wurde gerade die ärmere Bevölkerung in unerhörter Weise mit neuen, sie drückenden Steuern bedacht. Wir erinnern nur an die Tabaksteuer, die eine große Zahl deutscher Tabakarbeiter brotlos machte. Die zur Unterstützung der arbeitslosen Tabakarbeiter vom Reichstag ausgeworfenen vier Millionen Mark reichten bei weitem nicht aus, um die Not der Tabakarbeiter zu lindern. Infolge dieser Steuer war ein außerordentlich großer Konsumrückgang zu verzeichnen, der heute noch nicht behoben ist, so daß ein großer Teil der Tabakarbeiter genötigt war, nach anderen Berufen abzuwandern.

Ebenso wurde der Kaffee, der in vielen Arbeiterfamilien das einzige Getränk und recht oft auch das Menü der Mahlzeiten bildet, erheblich verteuert, indem man den Zoll von 40 M. pro Doppelzentner auf 60 bzw. 85 M. hinaufschraubte. Dadurch wurde der Kaffeepreis um 15—20 Pf. pro Pfund gesteigert. Der Bund der Landwirte, der bekanntlich sehr erkundlich in demagogischen Wahlkämpfen ist, hatte auf bunten Wahlkarten, auf denen die Steuern illustriert waren, dargelegt, daß vier große Kaffeebohnen, die man zu einer Tasse starken Kaffees bedürfe, nur um 1 1/4 Pf. besteuert würden. Wenn man schon so weit gegen muß, um die Steuer möglichst gering erscheinen zu lassen, mit vier großen Kaffeebohnen zu rechnen, dann kann man sich die Wirkung dieser Steuer auf die armen Leute einigermassen vorstellen.

Ebenso verhält es sich mit dem Teezoll. Der Tee war vormals mit 25 M. Zoll belastet und er erfuhr eine Erhöhung auf 100 M. pro Doppelzentner. So ist es mit der Händholzfsteuer u. a.

Die Steigerung der Lebensbedarfsartikel, eine Folge unserer unglücklichen Zoll- und Steuerpolitik, hatte bei allen deutschen Wählern, die genötigt waren zu kaufen, die aber selber nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, so viel Erbitterung und Explosionsstoff angesammelt, daß uns das Wahlergebnis bei den Hauptwahlen durchaus nicht überraschte. Denn es geht nicht an, daß man fortgesetzt die leistungsfähigen Staatsbürger beim Steuerzahlen schon und dafür versucht, diese von der beschaffenen Schicht herauszupressen.

Nicht die Ueberzeugung, sondern die Verärgerung und Mut über die in den letzten Jahren gepflogene Politik ließ den deutschen Steuerzahler mit dem roten Stimmzettel Protest einlegen. Ob es damit besser wird, darüber denkt er in der Regel nicht nach. Offen gestanden, wenn die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage praktische Arbeit zu leisten gewillt wäre, dann könnte man den Ausfall der Wahl eventuell noch als Gewinn betrachten, wir zweifeln jedoch übero. deutlich stark, daß die Sozialdemokratie von ihrer Zurückkunft nur rein zu sagen, abgehen wird, sondern in der alten Weise versuchen wird, eine Politik der Agitation und der Phrase zu treiben, wodurch nur die Reaktion gefährdet und die deutsche Arbeiterklasse sehr schwer ge-

schädigt werden kann. Insbesondere darf nicht vergessen werden, daß die Reaktionen nur darauf warten, das Reichstagswahlrecht zu verschlechtern, um so den freiheitlichen Parteien die Gelegenheit zu nehmen, die Reaktion bei ihrem Treiben irgendwie zu fördern. Die Gefahr, die hier durch zu starkes Anwachsen der Sozialdemokratie in der vorher bezeichneten Weise droht, könnte nur hintangehalten werden, wenn diese Partei von der bisher von ihr geübten Taktik abginge und praktische Politik treiben würde. Allein wir zweifeln daran. Hat doch diese Wahl sehr viel Ähnlichkeiten mit der Reichstagswahl von 1903. Und was tat die Sozialdemokratie damals? Lassen wir den berühmten französischen Sozialistenführer Jaurès darüber sprechen. Jaurès führte auf dem internationalen Sozialkongress 1904 in Amsterdam aus:

Die Dresdener Resolution der deutschen Sozialdemokratie vergißt, daß auch bürgerliche Elemente für Reformen und gegen die Reaktion nutzbar gemacht werden können. Wir wären Narren und Verräter, wenn wir diese Hilfe nicht annähmen. Die Dresdener Resolution taugt für eine Sekte, aber nicht für eine Partei. Sie enthält außerdem ein Mißtrauensvotum gegen das Proletariat, indem man einerseits behauptet, es sei stark genug, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen, andererseits aber befürchtet, es lasse sich von bürgerlichen Elementen ins Schleppjau nehmen. Die deutsche Sozialdemokratie ist in völliger Unsicherheit über ihre Taktik. Auf der einen Seite revolutionäre Redensarten, aber in der Praxis hat man nicht den Mut zur Revolution! Die Dresdener Resolution ist ein Spiegelbild der politischen Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie. — Zwischen der gewaltigen Repräsentation der deutschen Sozialdemokratie und ihrer politischen Macht besteht ein großer Gegensatz, der besonders zu Tage getreten ist, am Tage, nachdem die Partei die drei Millionen Stimmen erhalten hatte. Nach dem großen Wahlsieg vom 16. Juni hatte die sozialistische Welt von euch, deutsche Genossen, Großes erwartet. Hatte doch das Zentralorgan der „Vorwärts“ erklärt: „Unser das Reich, unser die Welt.“ Und was geschah? Was tat man in Dresden? Kein Aktionsprogramm, keine große Politik ist dem großen Siege gefolgt. Warum? Weil euch die Unsicherheit beherrscht.

Unter fürmischem Beifall des Kongresses wurden diese Ausführungen entgegengenommen. Haben sich die Verhältnisse in der deutschen Sozialdemokratie seit 1904 so wesentlich geändert, daß das von Jaurès ausgeführte nicht mehr zutreffen würde? Wir glauben das mit einem Nein beantworten zu können. Mag in den süddeutschen Staaten manches sich geändert haben, das annehmen läßt, daß eine bessere Auffassung Platz greift, im allgemeinen ist jedoch alles beim alten geblieben. Das ist der große Fehler in der deutschen Politik, daß die Sozialdemokratie zu praktischer Arbeit im Parlament nicht zu gebrauchen ist. Auch darin dürfen wir uns nicht täuschen, daß der alte Uebermut nach diesem Wahlsiege bei den Sozialdemokraten zum Ausdruck kommen wird, wie wir ihn nach 1903 beobachten konnten, und der sich hauptsächlich in der allergrößten Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden in der Werkstätte sowohl wie im privaten Verkehr zeigte.

Wir zweifeln kaum, daß wir uns in dieser Auffassung täuschen werden, deshalb schon ist es zu bedauern, daß keiner der Gewerksvereiner, die als Reichstagskandidaten aufgestellt waren, als Abgeordneter gewählt wurde. Die aussichtsreichste Kandidatur des Kollegen Erkelenz in Sieben-Weiden dürfte, wenn wir uns in dem Zahlenmaterial der abgegebenen Stimmen nicht täuschen, deshalb ausgeschlossen worden sein, weil die dortigen Nationalliberalen schon bei der Hauptwahl zu einem Teil den Antisemiten die Stimme gaben und außerdem die Zeit zur Bearbeitung des Wahlzettel sehr kurz war. Die Kandidatur Goldschmidt in Rothenburg-Soyerswerda war von vornherein eine höchst unsichere, da man von den Freikonservativen, die in diesem Wahlkreise 1907 Baffermann wählten, von vornherein nicht annahm, daß sie einem linksstehenden Kandidaten die Stimme geben würden. Trotzdem gelang es ihm 5189 Stimmen auf sich zu vereinen. Unser Kollege Schumacher endlich hand von vornherein in einem Kreise, wo es nur unter ganz abnormen Verhältnissen denkbar gewesen wäre in die Stichwahl zu kommen. Es gelang ihm jedoch die Stimmenzahl seiner Partei um 40 Prozent und zwar von 4900 auf 6900 Stimmen zu steigern. U. a. m. ein Wahlsiege. Auch die

beiden vorgenannten Kandidaten haben Aussicht in ihren Wahlkreisen bei fleißiger Aufklärungsarbeit das nächste Mal die Palme des Sieges davonzutragen.

Wenn wir bedauern, daß die Gewerksvereinskandidaten nicht den Sieg an ihre Fahne besten konnten, so deshalb, weil nun im kommenden Reichstag ebenfalls wieder die Arbeiter durch extreme Vertreter der rechtsstehenden Parteien und denen des Radikalismus vertreten sein werden, während die mittlere gemäßigste Auffassung der Gewerksvereine noch einmal von der Parlamentaristik ferngehalten wurde. Wollen wir aber in Gewerksvereinstreifen eine parlamentarische Vertretung erstreben, dann dürfen wir jetzt die Spitze nicht ins Korn werfen, sondern müssen erst recht versuchen, politische Aufklärung in die Reihen der Gewerksvereiner und Arbeiter zu tragen. Wir haben keine Ursache, durch den Wahlausfall den Kopf hängen zu lassen, sondern wir dürfen allen Kollegen, die sich den Lasten und Beschwerden eines Wahlkampfes unterzogen haben danken für die Pionierarbeit, die sie im Interesse der Arbeiter geleistet haben.

Streit und Aussperrung.

Auch in der Arbeiterbewegung ändern sich die Ansichten über die Zweckmäßigkeit oder die Wirkung der einzelnen Kampfmittel sehr schnell. Am Anfang des Jahrhunderts war der lokale Streit eine recht beliebte Waffe im Lohnkampfe, von deren Brauchbarkeit besonders die sozialdemokratischen Theoretiker überzeugt waren. Oft galt schon der Streit an sich für eine Rechtfertigung der Arbeitsruhe. Da Verbände der Unternehmer kaum bestanden, lag die Gefahr einer unerwarteten Ausdehnung selten vor.

Seit dem Textilarbeiterkampf in Krummichau datierte eine andere Beurteilung. Die Unternehmerverbände schossen aus der Erde wie die Pflanzen nach einem warmen Regen. Und ihre Waffe war die Aussperrung. Diesem Kampfmittel gegenüber entstand in Arbeiterkreisen zunächst Verblüffung. Wie die preußischen Heersführer friederikanischen Schule von der neuen napoleonischen Taktik verblüfft waren — und das Feld räumten. Es scheint in der menschlichen Natur zu liegen, daß in einem Augenblick, in dem scheinbar alle Lehren der Vergangenheit über den Haufen geworfen werden, alles Selbstvertrauen ins Wanken gerät. Die Arbeiterführer — und zwar die radikalsten zuerst — wandten alle Mittel an, um Aussperrungen möglichst aus dem Wege zu gehen. Es genügt in der Regel die Drohung mit diesem Kampfmittel, um im letzten Augenblicke wenigstens eine Beendigung der kleinen Streiks herbeizuführen, die zu großen Aussperrungen Anlaß sein sollten. Pessimismus stutete durch die Arbeiterbewegung. Und ihre bürgerlichen Freunde leitartikelten mit blutendem Herzen über die Grenze der Gewerkschaftsbewegung. Während die marxistischen Doktrinare sich schadenfroh die Hände rieben, womit sie etwa sagen wollten: wir haben es ja immer gesagt.

Die scheinbare Erlösung kam vom Auslande. kam — es ist erstaunlich, wenn man sich heute daran erinnert — von Rußland. Dort hatten gewaltige Generalstreiks der Arbeiter, angefochten mit Unterstützung des Bürgertraks, dem Jaren das Oktobermanifest vom 30. Oktober 1905 entziffen. Wir wissen heute, daß es ein teuflischer Schachzug Bites war, um Bürgerium und Arbeiter auseinanderzutreiben. Aber wer hat daran damals gedacht. Man sah den Erfolg, hörte von gewaltigen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, die die russischen Unternehmer ihren Arbeitern unter dem Druck des Generalstreiks gewährte. Ja, die Russen haben den Achtstundentag mit einem Schläge erobert, so triumphierte damals Rosa Luxemburg gegenüber den deutschen Gewerksvereinen und Gewerkschaften. Und als die Holländerin Henriette Roland-Holst ihr Buch zur Beherrschung des Generalstreiks schrieb, als man plötzlich den Unterschied zwischen Generalstreik und Massenstreik erdachte und damit Ignaz Murz Mahnwort: „Generalstreik ist Unsinn!“ verdecken konnte, da war es um die Ruhe der sozialdemokratischen Arbeiter gegangen.

Gibt es geistige Epidemien? Sicher! Man findet sie gelegentlich bei Wundergläubigen, bei Gesundheitswahn und bei — Marxisten. Was damals durch die Sozialdemokratie ging, war eine geistige Epidemie. Wenige wurden von ihr nicht erfaßt, und von diesen wenigen machten sogar noch eine Anzahl mit, um die Leitung des Stromes nicht zu verlieren. Langsam sind die:

Wollen wieder abgeebbt. Man war klug genug, keine praktische Probe zu machen. Heute gibt von dem allem nur noch Kunde eine Anzahl Seiten in sozialdemokratischen Parteitagungsprotokollen und einige gemäßregelte "Vorwärts"-Redakteure. Aber schon als die Wollen sich fast verlaufen hatten, schrieb Staatsky noch sein Buch "Der Weg zur Mär...", dessen Grundgedanken aus den Generalstreikführern stammten.

Wohl zum erstenmal ließen im Jahre 1910 die Bauarbeiterverbände unter der Leitung Bömelburgs die Aussperrung ernsthaft an sich herankommen. Und siehe da, das neue Kampfmittel der Unternehmer erwies sich als gar nicht so unüberwindlich und stichfest, wie auch die Arbeiter gedacht. Die Streikversicherungs-gesellschaften erwiesen sich als recht wackelige Gebilde. Vor wenigen Monaten haben die Metallarbeiterausperrungen in Provinz und Königreich Sachsen mit einer Niederlage der Unternehmer geendet. Und daß vor einigen Wochen selbst die strengste Unternehmervereinigung, die der Berliner Metallindustriellen, mit Jagen an die Aussperrung herangegangen ist, hat auch der Außenstehende leicht erkennen können.

Damit soll natürlich keinen Augenblick gesagt sein, daß die Aussperrung stets vom Standpunkt der Unter-nehmer ein schlechtes und für die Arbeiter ein gefahr-loses Kampfmittel sei. Nicht im geringsten. Aber sie ist kein Mittel, um das Gleichberechtigungsbestreben der Arbeiter auf die Dauer niederhalten zu können. Seine Anwendung ist für die Unternehmer auch im Falle des Sieges so kostspielig und so wenig realen Nutzen bringend, daß das gegenseitige Uebereinkommen, der Tarifvertrag, sich als das bessere und billigere für beide Teile erweist. Wenn, hienützlich recht bald, die Arbeiter in der Metallindustrie noch lernen, die Aussperrung sich nicht alle paar Wochen irgendwo aufzwingen zu lassen, wenn sie lernen, Zeit und Ort auszuwählen, dann wird der Streit der Unternehmer noch nie von seinem unverdienten Glanze verlieren.

Rei ürdig, wie sich geistige Epidemien an den Landesgrenzen brechen. England blieb vor sieben Jahren von den Generalstreikkrankheiten verschont. Tarifvertrag, gewerblicher Friede waren dem britischen Arbeiter durch Jahrzehnte hindurch ebenso in Fleisch und Blut übergegangen, wie die Furcht vor der Brutalität des wirtschaftlichen Krieges. Und jetzt hatte Großbritannien eine Generalstreiksepemie. Der sozialistische Hauptführer Ramsay MacDonald bremst mit aller Macht. Sogar Phil. Snowden, der aus lauter Radikalismus gegen die staatliche Arbeiterversicherung stimmt, muß rufen: "Der Generalstreik ist der größte Unfuh, der je außerhalb eines Strichhauses geredet wurde." Zu gleicher Zeit aber schreibt einer der jüngeren Gewerkschaftsführer in England, der in Wales einflußreiche Vernon Harcourt, den Satz: "Warum sollen nicht die Arbeiter aller Industrien einen Vertrag abschließen, nicht zur Arbeit zurückzukehren, bis alle Forderungen aller bewilligt sind, entweder durch Eingreifen des Staates oder durch den einzelnen Unternehmer? Warum verlieren wir Zeit, indem wir Forderungen mit den Unternehmern besprechen?" Er hat zurzeit das Ohr der britischen Massen. — — —

Erteilen z.

Die Arbeiterbildungsbestrebungen in England.

Von Dr. Ernst Schälze. Hamburg-Großhorstel.

I.

In der englischen Arbeiterklasse hat sich seit Jahrzehnten ein starkes Bildungsbedürfnis geltend gemacht. Lange bevor das erste allgemeine Volksschulgesetz erlassen wurde (1870) haben Arbeiterkreise ihrem jehtfüchtigen Verlangen nach Bildungseinrichtungen wieder und wieder Ausdruck gegeben. In der Chartistenbewegung schon trat dies hervor. Die ganzen ersten Jahrzehnte der Genossenschaftsbewegung sind davon ausgefüllt. Die Gewerkschaften haben sich viel und oft mit Bildungsfragen beschäftigt. Die Handwerkerinstitute früherer Zeiten sind durch die Arbeiterkollegs (Working Men's Colleges) überholt worden. Diese wurden ihrerseits durch die Univeritäts-Ausdehnungs-

bewegung abgelöst und ersetzt. Und im 20. Jahrhunder ist eine neue, ungemein lebhaftc Bildungsbewegung unter der englischen Arbeiterklasse entstanden, die namentlich in der Gründung des Ruskin-College in Oxford, einer nur für Arbeiter bestimmten Anstalt, einen glänzenden Ausdruck gefunden hat, und die geleitet und zusammengefaßt wird von dem "Arbeiter-Bildungsverein (Workers Educational Association)".

Der Bildungseifer der englischen Arbeiterklasse trat insbesondere zu Tage, als die Genossenschaftsbewegung sich entwickelte. Die erste und berühmteste Kooperativ-Genossenschaft der englischen Arbeiter, "Die rebligen Pioniere von Rochdale" (gegründet 1844), lieferten von dem ihnen aus dem Einzeilverkauf in ihren Betrieben erwachsenden Gewinn beschlußgemäß eine Summe von 2 1/2 v. H. an den Bildungsfonds (Educational Fund) ab, aus dem eine Bibliothek, ein Lesezimmer und andere Einrichtungen unterhalten wurden. Dies Beispiel der "Pioniere" fand eifrige Nachfolge bei fast allen Kooperativ-Genossenschaften.

Die Kooperativ-Gesellschaften umfassen heute in England ungefähr 2 1/2 Millionen Männer und Frauen, d. h. fast ein Sechstel der gesamten erwachsenen Bevölkerung. Sie haben sich von Anfang an nicht auf rein wirtschaftliche Absichten und Pläne beschränkt, sind vielmehr von hohem idealistischem Streben erfüllt gewesen.

Als jedoch die Volksschulgesetze der Jahre 1870 und 1876 geschaffen wurden, als gleichzeitig die Begründung und Unterhaltung von Volksschulen und Bibliotheken und Lesehallen durch eine wachsende Zahl von Gemeinden unternommen wurde, als in dem Jahrzehnt darauf sowohl das gewerbliche wie das allgemeine Fortbildungswesen von Staats- und Gemeindegewegen lebhaft gefördert wurde, als ferner mannigfache andere Bildungseinrichtungen (wie z. B. die "Polytechnika") an die Seite aller dieser Anstalten traten, da glaubten die Genossenschaften, und sicherlich mit einem gewissen Rechte, daß es für sie nicht mehr so notwendig sei wie früher, aus eigenen Mitteln für solche Maßnahmen zu sorgen.

Zufolge dessen nahmen nun die von den Genossenschaften für Bildungszwecke bewilligten Mittel ab. So gab es von 420 Genossenschaften, die auf dem Jahreskongreß 1896 zusammenkamen, nur 159 an, daß sie noch einen Bildungsfonds besäßen; aus diesen Mitteln waren 1895 insgesamt 36 336 £ (also etwa 726 000 M.) ausgegeben worden. Davon wurden 11 000 £ für Lesezimmer und 5 000 £ für Bibliotheken ausgegeben, während für Vorträge und Unterrichtszwecke 2 000 £ verwendet worden waren. Der Rest von etwa 17 000 £ war hauptsächlich für Vergügungen und Konzerte — besonders als Propagandamittel — verausgabt worden. Die "Pioniere" von Rochdale haben ihren Beitrag zum Bildungsfonds aus den Ueberschüssen ihrer Betriebe von 2 1/2 v. H. auf 1 1/4 v. H. heruntergesetzt. Indessen haben sich die Bedürfnisse der Kooperativ-Genossenschaften für Bildungszwecke im Jahre 1904 wieder auf 80 000 £ (etwa 1 600 000 M.) gestellt. Und 1904 betrug die Summe, die von den Genossenschaften für Bildungszwecke ausgegeben wurde, wiederum mehr — gegen 93 000 £ —, also etwa 1 800 000 M.

In vielen Fällen haben die Kooperativ-Gesellschaften jedoch auch nach 1870 dem Bildungswesen die nennenswertesten Dienste geleistet. So haben manche Gesellschaften dieser Art die Schulgelder für Schüler namentlich der Fortbildungsschulen bezahlt; dies ist z. B. von den Genossenschaften in Edinburgh, in Norwich, Ipswich, Plymouth, Oldham, York und Torquay zu rühmen. Noch heute schließen sich nur sehr wenig größere Genossenschaften von der Teilnahme an der Förderung aller Volksschulbildungsbestrebungen in der Stadt oder dem Bezirk aus, wo sich ihre Wirksamkeit abspielt.

Auch im Süden Englands, der für das Volkswesen einen sehr viel weniger günstigen Boden abgibt als der Norden, haben die Genossenschaften mancherlei erreicht.

So hat z. B. in der Grafschaft Essex die "Grays Cooperative Society" noch in den achtziger Jahren vorzügliche Fortbildungsschulen unterhalten. In Ply-

mouth hat die dortige Genossenschaft ihre Abend-Fortbildungsschulen bis zum Jahre 1898 fortgeführt, in welchem Jahre sie an die Stadtverwaltung übergingen. Auch dann hat die Genossenschaft für die Weiterbildung ihrer Mitglieder auf bestimmten Gebieten (insbesondere Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte) besondere Vorträge getroffen.

Seit dem Jahre 1902, in welchem ein neues Gesetz über Volksschulen und Fortbildungsschulen geschaffen wurde, haben mehrere weitere Genossenschaften die früher von ihnen unterhaltenen Fortbildungsschulen an die betreffenden Gemeindeverwaltungen übergehen lassen. Dennoch bestehen an einzelnen Orten noch immer die Fortbildungsschulen der Genossenschaften, während die Gemeinden in solchen Fällen nichts tun oder die Steuern, die für das Fortbildungsschulwesen erhoben werden können, wenigstens zum Teil den Genossenschaften zugute kommen lassen.

Vortreffliche Fortbildungsschulen werden z. B. von den Kooperativ-Genossenschaften in Preston erhalten. Diese leisten dafür einen jährlichen Zuschuß von 40 000 M. Die durchschnittliche Besucherzahl beträgt über 2000 Köpfe. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die durchschnittliche Besucherzahl in den Fortbildungsschulen Liverpools 4780 beträgt, obwohl die Bevölkerungszahl dieser Stadt 692 000 Köpfe umfaßt, während die Prestoner nur 114 000 Köpfe zählt. Mehrere Beispiele, wenn auch kleineren Umfangs, lassen sich von den Genossenschaften in St. Helens und in Coventry berichten.

Die Begründung neuer Schulen oder Fortbildungsschulen durch Kooperativ-Genossenschaften ist indessen nicht mehr zu erwarten. Heutzutage sorgt der Staat in so reichlichem Maße dafür, daß kein anderes Bedürfnis vorliegt. Auf dem Jahreskongreß der Genossenschaften in Stratford 1904 sprach Mr. W. W. Rae, der Vorsitzende des Bildungsausschusses der "Cooperative Union", es offen aus, daß die Genossenschaften besser täten, sich nicht mehr die Arbeit der Begründung oder Unterstüßung von Abend-Fortbildungsschulen oder gewerblichen oder kunstgewerblichen Unterrichtsklassen zu machen. "Die Gemeindebehörden für Bildungswesen mögen es unternehmen, dies zu tun, und eine Steuer für ihren Unterhalt erheben. Unsere Pflicht liegt klar zutage: sie besteht darin, darauf zu achten, daß diese Behörden die ihrige tun — und vielleicht auch, dafür zu sorgen, daß wir in den betreffenden Verwaltungskörpern angemessen vertreten sind, so daß wir unsere Ansichten zur Geltung bringen können."

Seit dem Jahre 1891 haben zwischen den Genossenschaften und den Körperschaften für die volkstümlichen Soziale Kurse (Univeritäts-Ausdehnungsbewegung) sehr freundliche Beziehungen bestanden. Die Genossenschaften haben seither dafür gesorgt, diejenigen ihrer Mitglieder, die den größten Erfolg bei den Prüfungsarbeiten erzielten, zu den Sommerkursen der Univeritäts-Ausdehnungseinrichtungen (University Extension Summer Meetings) zu entsenden. Dieser Teil ihrer Arbeit wird wohl auch weiter beibehalten werden, obwohl die übrigen Bildungseinrichtungen aus den erwähnten Gründen allmählich an staatliche oder städtische Behörden übergeführt worden sind.

Aber noch eine andere Gruppe von Bildungseinrichtungen wird von den Kooperativ-Genossenschaften fortgeführt: nämlich alle diejenigen, die sich auf die Geschichte, die Theorie oder Praxis ihrer eigenen Bewegung beziehen. Allzu groß ist die Zahl der Teilnehmer an solchen Sonderkursen zwar nicht. Immerhin wird ihr Zweck wohl erfüllt; denn er ist vielleicht hauptsächlich darin zu sehen, gewissermaßen die Offiziere und Beamten für die weitere Entwicklung der Genossenschaftsbewegung heranzubilden.

Während des Jahres 1908/09 nahmen an den Klassen für Genossenschaftswesen, Wirtschaftsgeschichte und staatsbürgerliche Erziehung (Citizenship) 545 (gegen 705 im Jahre 1904/05) Genossenschaftler teil, während in den Klassen für genossenschaftliche Buchhaltung 2583 (gegen 1764 im Jahre 1904/05) eingeschrieben waren. Der Zentralbildungsausschuß sucht diese Seite der Bildungstätigkeit der Genossenschaften so sympathisch wie möglich zu gestalten.

Das Umwandeln der Oberfläche und des Gefüges von Buchholz.

Die steigenden Preise der Hartbölder sind zum großen Teil die Ursache, daß man dieselben durch andere Holzarten zu ersetzen sucht oder billigere Sorten von weichen Holz an Stelle der teureren verwendet. Der Erfindung und Entwicklung der Furnierherstellungsmaschine hat man es an erster Stelle zu verdanken, daß man mit dem vorhandenen Hartholz härteren entgegen konnte als früher und daß man gleichzeitig aus furniertem Holz Gegenstände mit einer Oberfläche herstellte, welche ebenso schön ist wie bei vollständig aus Hartholz angefertigten Artikeln. Gegenüber aus furniertem Holz sind jetzt allgemein beliebt und haben man solche fast in jedem Hofe, Bureau, und öffentlichen Gebäude, wo Holz Verwendung findet. Man kann mit Recht behaupten, daß das Furnieren eine vollkommenere Lösung in Bezug auf innere Ausstatung der Behälter herbeiführt hat.

Zu gleicher Zeit haben versucht, das Holz in anderer Weise zu versetzen. Als Resultat dieser Versuche haben wir das sogenannte feuerfeste Holz erhalten. Von dem Gedanken ausgehend, daß keine Furnierung mit Holz hergestellt werden kann, welche vollständig widerstandsfähig ist, oder welche geeignet für den

allgemeinen Gebrauch wie wirkliches Holz besitzt, haben dieselben gewöhnliches Holz genommen und versucht, es so umzuwandeln, daß es den unter den üblichen Verhältnissen an dasselbe gestellten Anforderungen genügt. Ihr Bestreben ging dahin, einerseits feuerfestes Holz herzustellen und andererseits gewöhnliches Holz in vollkommene Imitationen von Hartholz umzuwandeln.

Die h. Zt nicht selten gebrauchte Nebenart sämliches Holz aus den modernen feuerfesten Gshänden und Büreaus zu entfernen, ist sehr voreilig gewesen. Möbel und sonstige entsprechende Artikel aus Metall können Holz bei der inneren Ausstattung ebenso ersetzen, wie sämliche aus Holz angefertigten Haus-haltungsgegenstände abgesehafft werden können. Architekten und Künstler haben vergebens versucht, Gegenstände für innere Ausstattung aus Metall, welche das Aussehen von Holz haben, herzustellen. Wie sorgfältig auch Eichen, Buche, Möbel angefertigt und mit Farbe überzogen werden, sie haben doch keinen Anstrich gefunden und bleiben in den Augen eines jeden Beschauers doch nur Metallgegenstände. Offenbar reicht die Festigkeit und Geschicklichkeit des Menschen nicht hin, die schönen Farben und die Maserung des Holzes vollkommen nachzumachen.

Man hat große Anstrengungen gemacht, um durch Behandlung mit Chemikalien das Holz feuerfest zu machen, ohne jedoch dabei die Faser oder die Aderung

zu zerstören. Das Holz wird unter hydraulischem Druck mit chemischen Substanzen, welche hohe Temperaturen vertragen, imprägniert. Diese Stoffe haben außerdem die Eigenschaft, bei Erhöhung Rauch und Gase zu entwickeln, welche zum Lösen des Feuers beitragen. Man hat diese Mittel eingehend geprüft; bis jetzt hat man aber kein vollkommen einwandfreies Verfahren gefunden, da gleichzeitig bei derartiger Behandlung die Haltbarkeit und das Aussehen des Holzes nachteilig beeinflußt wurde. Der einzige Weg, feuerfestes Holz zu erhalten, besteht augenblicklich darin, Chemikalien in die Poren des Holzes hineinzupressen; eine solche Behandlung nimmt aber dem Holz das Leben und in den meisten Fällen die schöne Maserung.

Eine neuere Methode zur Umwandlung des Holzes hat den Zweck, weiches Holz an Stelle von Hartholzern verwenden zu können. Bei dieser Behandlung will man das Holz feuerfest machen und die Maserung entsprechend verändern. So bearbeitet man beispielsweise italienischen Balmholz zu erhalten. Dieses Verfahren besteht darin, daß man Chemikalien auf den Holzstoff einwirken läßt und die Oberfläche mit gewissen Farbstoffen imprägniert. Es kann nicht bestritten werden, daß man auf diese Weise einige bemerkenswerte Resultate erzielt hat.

(Schluß folgt).

Um auch die Frauen für die Genossenschaftsbewegung zu gewinnen, ist eine „Frauenvereinigung“ (Women's Guild) ins Leben gerufen worden. Auch hier werden die Bildungsbestrebungen mit Bezug auf das Genossenschaftswesen besonders gefördert.

Die amtliche Statistik über Betriebsunfälle.

In Zwischenräumen von zehn zu zehn Jahren wird amtlich eine genaue Unfallstatistik aufgenommen. Die letzte Erhebung betraf das Jahr 1907, deren Ergebnisse nach und nach veröffentlicht werden. Vor kurzem wurden in einem besonderen Abschnitt die Ursachen der Unfälle und deren Folgen bekanntgegeben. Die hier mitgeteilten Details sind sehr interessant, können aber doch nicht ganz unwidersprochen bleiben.

Zunächst ist aus der Statistik die bekannte Tatsache zu ersehen, daß die Zahl der Unfälle stetig erheblich steigt. Von 1897 bis 1907 vermehrte sich die Anzahl der Verletzten und Getöteten Personen in der Gewerbe-, Bau- und Unfallversicherung von 45 971 auf 81 248. Das ist fast eine Verdoppelung. Die Zahl der Unfälle hiervon an Maschinen vermehrte sich von 11 384 auf 19 803. Es wird hier die auch schon durch andere Statistiken festgestellte Erscheinung bestätigt, daß verhältnismäßig die durch den Maschinenbetrieb hervorgerufenen Unfälle abnehmen, dagegen die bei der Handarbeit usw. entstandenen zunehmen. So vermehrte sich die beim Auf- und Abladen, Heben und Tragen usw. entstandenen Unfälle von 6324 auf 11,392, die durch Fuhrgewert (Ueberrfahren, Absturz usw.) verursachten von 2927 auf 5387, die durch Handwerkszeug und einfache Geräte erfolgten von 1642 auf 3338 usw. Es bedeutet also auch eine Verminderung der Unfallgefahren, wenn der Handbetrieb durch den Fabrikbetrieb ersetzt wird. Diese Feststellungen lassen die Einbeziehung des Handwerks in die Unfallversicherung immer dringlicher werden.

Die Statistik erstreckt sich auch auf die Feststellung, wer „die Schuld“ an den Unfällen trägt. Da sollen von sämtlichen Unfällen im Gewerbe 12,06 Prozent auf die Schuld des Arbeitgebers, 41,26 Prozent auf die des Arbeiters, 37,65 Prozent auf die allgemeine Betriebsgefahr, 5,94 Prozent auf die Schuld von Mitarbeiter usw. zurückzuführen sein. Diese Angaben können nicht ruhig hingenommen werden. Wenn sie richtig wären, wären in annähernd der Hälfte der Fälle die Verletzten selbst „schuld“ an dem Unfall. Die Entscheidung der Frage, wer an einem Unfall „schuld“ ist, wird aber sehr subjektiv getroffen. Verletzt sich ein Arbeiter an einer Maschine, an der eine Schutzeinrichtung fehlt, so wird natürlich der Unternehmer sagen, der Arbeiter sei selbst „schuld“, weil er nicht aufgepaßt habe! Verletzt sich ein Arbeiter, der schon 5 bis 6 Stunden hintereinander ununterbrochen gearbeitet hat und ermüdet ist, so wird der Unternehmer sagen, der Arbeiter sei ungeachtet gewesen. Weit richtiger ist es aber, dem Unternehmer die Schuld beizumessen, da er die Maschine ohne Schutzeinrichtungen und den Arbeiter ohne Pausen übermäßig lange arbeiten läßt. Man bedenke man, daß die Statistik von den Berufsgenossenschaften, also den Unternehmern selbst, aufgenommen wird, und man wird es begreiflich finden, daß die Arbeitgeber als die unschuldigsten Menschen erscheinen. Das wird bestätigt, wenn man einen Blick auf die Gelegenheiten wirft, bei denen sich die Unfälle ereigneten. So sollen bei den Unfällen an den Motoren die Arbeitgeber nur in 11,00 Prozent, die Arbeiter aber in 69,94 Prozent der Fälle „schuld“ sein. Die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung wird sogar jeder Laie erkennen.

Interessant sind die Angaben über den Verlauf der Unfallfolgen. Sie zeigen, wie die Durchführung der Unfallversicherung für die Verletzten immer ungünstiger geworden ist. Betrachten wir die Fälle der „abgeschlossenen Beurteilung“ — wie sie sich also einige Jahre nach dem Ereignis darstellen —, so zeigt sich, daß im Jahre 1887 von 100 Verletzten 19,49 tot, 3,11 völlig und 46,98 teilweise dauernd und 30,41 vorübergehend erwerbsunfähig waren. Für das Jahr 1907 ergeben sich 8,29 Tote, 0,59 völlig und 33,06 teilweise dauernd Erwerbsunfähige, dagegen 58,06 vorübergehend Erwerbsunfähige. Unter der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit ist immerhin eine solche zu verstehen, die länger als 13 Wochen währt, weil ja erst dann die Unfallversicherung eingreift.

Es wäre ein Trugschluß, aus den Zahlen entnehmen zu wollen, daß die Schwere der Unfälle sich gemildert hätte. Sie sind vielmehr der ziffermäßige Beweis dafür, daß die Abschätzung der Erwerbsunfähigkeit für die Verletzten immer ungünstiger geworden ist. Und wenn nach den Zahlen die Todesfälle sich vermindert haben, so ist das zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß mehr und mehr der Tod nur dann als eine Unglücksfolge angesehen wird, wenn der Verletzte tot an der Unfallstelle liegen bleibt! Verstirbt er erst später, so findet man tausenderlei Gründe für die Behauptung, daß der Tod infolge anderer Umstände eingetreten ist.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsausgabe ist der 3. Wochenbeitrag für das Jahr 1913 fällig

Die Tätigkeit der Ortsverbände.

Im Nr. 3 des „Gewerkvereins“ ist auf die einzelnen Aufgaben der Ortsverbände im neuen Jahre hingewiesen. Das weiteres muß zugegeben werden, daß überall da, wo rührige, vorwärtsstrebende Kollegen an der Spitze stehen, und wo dieselben auch genügende Unterstützung von Seiten der angeschlossenen Vereine haben, unsere Gewerkebewegung vorwärts kommt. Gerade die Unterstützung der einzelnen Vereine ist notwendig, denn ohne dieselbe ist der wichtigste Verbandstag zur Unfähigkeit verurteilt. Nicht man die mannigfaltigen Aufgaben der Ortsverbände, wie sozialpolitische und kommunale Wahlen in Betracht, deren Ausfall doch bedeutsam für die ganze Gewerkebewegung ist, so kann man es oft nicht verstehen, wie gerade größere Vereine bei diesen Sachen mehr abseits stehen, wenn es heißt kleine Opfer zu bringen. Gewiß werden solche Opfer wohl öfters, aber nicht mehr wie erforderlich, verlangt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß bei der heutigen bewegten Zeit solche Opfer unumgänglich sind. Das erstrebenswerte Ziel der Ortsverbände ist und bleibt immer die Abschüttung unserer Gewerkevereinsgedanken. Hier muß in erster Linie die Berufstrennung mehr gepflegt werden. Hierüber ist allerdings schon viel Druderschwärze verschwendet worden. Aber gesündigt wird dessenungeachtet haben wie drüben. Es ist mit dem Berufstrennungsgedanken, der immer wieder auf den Verbandstagen hervorgehoben wird, unvereinbar, wenn z. B. die Stellmacher und Modellstecher usw. bei den Maschinenbauern organisiert sind, oder die Maschinenarbeiter bei den Fabrik- und Handarbeitern. Es sind da wohl verschiedene Verhandlungen zwischen den einzelnen Hauptverbänden gepflogen worden, aber genügt hat es nichts, denn manche Vereine besitzen in dieser Beziehung eine gewisse Routine. So lobenswert es ist, daß jeder Verein einen möglichst großen Mitgliederbestand aufweisen will, so darf dieses doch nicht auf Kosten anderer Gewerkevereine geschehen. Dieser Punkt bildet daher oft den Fankapsel in den Ortsverbandsversammlungen, der sich das ganze Jahr hindurchzieht. Man tut gut, solche Sachen zu vermeiden, denn sie sind zur Schaffungsbereidigkeit der Ortsverbandsvorstände nicht geeignet.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Ortsverbände ist die Presse. Dieser wird leider immer noch zu wenig Beachtung geschenkt. Gewiß hält es, namentlich in der Provinz schwer, die geeignete Presse zu finden, aber überall da, wo es angebracht ist, muß der ausgiebigste Gebrauch davon gemacht werden, muß jedes wichtige Vorkommnis berichtet werden, um so die uns fernstehenden auf unsere Bestrebungen aufmerksam zu machen. Auch soll man es nicht unterlassen, Doktoren, Rechtsanwälte, oder wenn es möglich ist, geeignete Sozialpolitiker zur Haltung von Vorträgen zu gewinnen. Ganz besonders wird auf die Einigkeit der Ortsverbände im „Gewerkverein“ hingewiesen. Wo die allerdings fehlt, da ist jede Mühe und Arbeit vergebens. Hier muß mit eisernem Wesen reiner Tisch gemacht werden. Wo immer und immer wieder sich solche unverantwortliche Nörgler finden, denen nichts recht gemacht werden kann, da müssen die besonnenen Kollegen zusammenstehen, und solchen Friedensstörern heimleuchten. Wir müssen daran denken, daß wir von links und rechts bedroht werden, wir haben also keine Zeit, durch Nörgelsucht unsere Zeit zu vergeuden. Deherzigen wir daher die angeführten Tatsachen, treten wir ein zu neuer, frischer Arbeit, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

Rundschau.

Die deutsche Krankenversicherung 1910. Mit Rücksicht auf die durch die Reichsversicherungsordnung vorgesehene Umgestaltung und Erweiterung des deutschen Krankenversicherungswesens erscheinen die amtlichen Zahlen über dasselbe diesmal besonders bemerkenswert.

Die Zahl der Krankenkassen überhaupt betrug 23188 und zwar Gemeindekrankenversicherung 8217, Ortskrankenkassen 4752, Betriebskrankenkassen 7957, Baukrankenkassen 46, Innungskrankenkassen 818, eingeschriebene Hilfskassen 1262, landesrechtliche Hilfskassen 136. Die Zahl der Rassenmitglieder belief sich durchschnittlich auf 13069375: 1671827 in der Gemeindeversicherung, 6845940 in den Ortskrankenkassen, 3273710 in den Betriebs-, 16665 in den Bau- und 296521 in den Innungskrankenkassen, 928606 in den eingeschriebenen und 36106 in den landesrechtlichen Hilfskassen. Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 5197080 mit 104708104 Krankheitsstagen. Die Einnahmen bezifferten sich auf 379,5 Mill. Mark, die ordentlichen Ausgaben auf 350,5 Mill. Mark, darunter 320 Mill. Mark Krankheitskosten. Von diesen letzteren kamen 76,4 Mill. Mark auf die ärztliche Behandlung, 48,2 Mill. auf Arzneien und sonstige Heilmittel, 135,9 Mill. auf Krankengelder, 6,5 Mill. auf Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, 7,5 Mill. auf Sterbegelder, 4,3 Mill. auf Anstaltsverpflegung und 0,2 Mill. Mark auf Fürsorge für Genesende. Die Verwaltungskosten machten 20,4 Mill. Mark aus. Das Vermögen der Krankenkassen stellte sich auf 296,4 Mill. Mark (3,4 Mill. Gemeindeversicherung, 140,9 Mill. Ortskrankenkassen, 122,3 Mill. Betriebs-, 0,2 Mill. Bau-, 6,2 Mill. Innungskrankenkassen, 21,4 Mill. eingeschriebene und 1,9 Mill. Mark landesrechtliche Hilfskassen).

Das Gesamtvermögen der staatlichen Arbeiterversicherung betrug, da die Invalidenversicherungsanstalten ein Vermögen von 1660 Mill. Mark besaßen, dasjenige der Berufsgenossenschaften (unter Berücksichtigung von

7% Zuschlag zu dem Ende 1909 vorhandenen Vermögen) 310 Mill. Mark betrug und sich das Vermögen der Krankenkassen auf 296,4 Millionen Mark belief, mithin Ende 1910 2266,4 Mill. Mark.

Körperliche Widerstandsfähigkeit gelernter und ungelernter Arbeiter. Ein dänischer Arzt hat nach einem Berichte der „Soz. Prag.“ die Erkrankungshäufigkeit gelernter und ungelernter Arbeiter an der Hand des Materials einer Arbeiterkrankenkasse untersucht. Es ergab sich danach, daß die nichtgelernten Arbeiter 9—12 Prozent mehr Krankmeldungen aufweisen, als die gelernten. Bei den Nichtgelernten werden mehr Fälle von Lungenschwindsucht, Unfällen, Influenza, Brustkrankheiten, Magen- und Darmleiden beobachtet, als bei den Gelernten. Bei den Gelernten fängt die Arbeitslosigkeit infolge Alters erst später an als bei den Ungelernten. Auch bezüglich der Unverheirateten machte der Arzt ähnliche Beobachtungen wie bei den Ungelernten. Zwar weisen die unverheirateten Männer in den zwanziger Jahren eine etwas geringere Zahl von Krankmeldungen auf als die verheirateten, trotzdem lassen aber die Kräfte der ersteren früher nach als bei den letzteren; sie erhalten ihr Bohmaximum früher als die Verheirateten. Auch weisen sie mehr Geisteskrankheiten, Selbstmorde, Lungenkrankheiten, Nierenleiden und gewisse Infektionskrankheiten auf.

Storbut — eine soziale Krankheit. Storbut ist ein durch Schädlichkeiten der Ernährung hervorgerufenes, mit Brüchigkeit der Gefäßwände und einer Zahnefleischerzeugung einhergehendes Krankheitsbild. Im Nürnberger städtischen Krankenhaus hat man in den letzten Jahren eine auffallende Zunahme dieser Krankheit wahrgenommen. Die Mehrzahl der Erkrankten lebte zwar in ärmlichen Verhältnissen, es kamen aber auch Personen mit Storbut zur Beobachtung, die in ausreichenden pekuniären Verhältnissen sich befanden. Siefessen ließen sich aber auch bei diesen stets Mängel der Ernährung feststellen, wie die Seltenheit warmer, frisch zubereiteter Speisen, vorwiegend oder ausschließliche Ernährung mit Schweinefleisch oder Wurstwaren. Ungehörige Abwechslung in der Ernährung scheint eine wichtige Rolle zu spielen. Gemüse wurden in den seltensten Fällen warm genossen, doch war auch unter den Erkrankten eine Reife, die vorwiegend vegetarisch gelebt hatten. Sehr bemerkenswert ist die Häufung der Storbuterkrankungen in den Frühjahrsmonaten. Regelmäßig kommen die meisten Erkrankungen im Mai oder Juni zur Beobachtung. Die Ursache der Häufung ist jedenfalls in den ungünstigen Erwerbs- und Ernährungsbedingungen während der Wintermonate zu suchen. Storbut befallt fast ausschließlich Männer, sowohl nach den Beobachtungen in Nürnberg, wie in anderen Städten. Bei allen Kranken war der Verlauf günstig. Sofort nach der Aufnahme pflegt bei den meisten Kranken ein geradezu fabelhafter Umschwung im Befinden einzutreten. Das häufige Vorkommen von Storbut ist als ein ungünstiges Zeichen für die Arbeitsbedingungen und Lebensweise der ärmeren Bevölkerungskreise anzusehen.

Der Holzwert im deutschen Kongo. In einer Versammlung Ostdeutscher Holzhändler und Holzindustrieller sprach der Syndikus dieses Verbandes, Herr R. Dufemann, über den Wert der neuerworbenen deutschen Kongogebiete für die Deckung des Bedarfs an überseeischen Hölzern. Er kam auf Grund französischer Berichte sowie der Berichte über die Expeditionen der Professoren Zentisch und Bütsch 1909 bis 1910 und der Expedition des Forstassessors Keder, Buea, Dezember 1910 bis April 1911, besonders durch Gebiete in Französisch-Kongo und Spanisch-Guinea zu dem Schluß, daß in dem spitzwinkligen Dreieck, das von Französisch-Gabun abgegrenzt ist, reiche Bestände an Nutzholzen vorhanden seien, insbesondere an Okameeholz, das schon jetzt einen ganz hervorragenden Exportartikel aus Französisch-Gabun bildet. Nach Feststellungen des Forstassessors Keder kommt Okamee vor bis zur Höhe von Bata in Spanisch-Guinea, während dieses Holz in Kamerun selbst fehlt. Die Arbeits- und Transportverhältnisse sind verhältnismäßig nicht ungünstig. Alles in allem glaubte der Referent für die Entwicklung einer Holzexportindustrie aus den neuerworbenen Gebieten günstige Aussichten erwidern zu können. Notwendig werde es sein, daß die Regierung jegliches Entgegenkommen zeige. Vor allem müsse aber die Seefracht weit billiger werden, als sie zurzeit sei.

Belche Bedeutung das Okameeholz, das in der Möbelindustrie Verwendung findet, schon jetzt für Deutschlands Holzhandel und Holzindustrie hat, geht daraus hervor, daß in Hamburg 1909, 1910 und 1911: 19044, 24152 und 58873 Blöcke eingeführt wurden. Ein Block wiegt durchschnittlich 12 Doppelzentner. Neben diesem wichtigsten Holz kommen zahlreiche andere Hölzer in Betracht, die mit der Zeit zu wertvollen Exportartikeln werden können.

Die sozialdemokratische Parteipresse hat sich nach dem Jahresberichte des Parteivorstandes gegen das Vorjahr um sechs Parteiblätter, deren Zahl jetzt 81 beträgt, vermehrt. Diese 81 Tageszeitungen werden in 61 Druckereien hergestellt. An Zuhilfen für einzelne Parteiblätter leistete die Zentralkasse insgesamt 73 083 M. Das Zentralorgan „Vorwärts“ erzielte mit 157 000 Abonnenten am Schluß des Geschäftsjahres einen Uberschuß von 165 558 M.

Das sozialdemokratische Pressebureau, in dem vier Redakteure tätig sind, erforderte einen Zuschuß von 9868 M. „Die Neue Zeit“ erbrachte bei 10 500 Abonnenten 1403 M., „Der wahre Jakob“ bei 307 009 Lesern 40 342 M. und „Die Gleichheit“ mit 94 500 Abonnenten erzielte einen Ueberschuß von 13 239 M.; dagegen erforderte die „Kommunale Praxis“ einen Zuschuß von 1710 M. bei 2907 Lesern.

Auß der Rechtsprechung

In gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

(Nachdruck verboten.)

Wie muß die Verminderung oder Aufhebung der Rente von der Berufsgenossenschaft begründet werden? Ein Unfallverletzter hatte auf einen Vorbruch die Mitleidung erhalten, die Berufsgenossenschaft erachte ihn aufgrund des ärztlichen Befundes von den Folgen des Unfalles für so weit hergestellt, daß eine rennenswerte Verinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit nicht mehr vorliege. — Hiermit war der Rentenempfänger nicht einverstanden, doch nutzte ihm seine Vorhaltungen nichts, vielmehr erhielt er den weiteren Bescheid: „Die Begründung dieser Feststellung ist Ihnen in unserem Vorbescheide mitgeteilt, sie ist nach sachkundiger Prüfung und nach reiflicher Erwägung bei voller Berücksichtigung des ärztlichen Befundes erfolgt. Wir erach also Ihre Erwerbsfähigkeit nicht mehr für vermindert. Ihre weiteren Ansprüche müssen wir aufgrund des ärztlichen Befundes als ungerechtfertigt ablehnen.“ — Das Reichsversicherungsamt hat dieses Verfahren der Berufsgenossenschaft nicht gebilligt. Welcher Befund nämlich im vorliegenden Falle festgestellt wurde, hat der Kläger von der Berufsgenossenschaft niemals erfahren, ihm ist ja lediglich die aus dem Befunde gezogene ärztliche Schlussfolgerung in Gestalt des für die Beseitigung der Unfallsfolgen allgemein benutzten Vordruckes mitgeteilt worden. Ein solches Verfahren steht mit dem Gesetze nicht im Einklang, denn dieses schreibt im § 89, Abs. 2, des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vor, daß „vor einer Herabsetzung oder Aufhebung der Rente dem Rentenempfänger unter Mitteilung derjenigen Unterlagen, aufgrund deren die Herabsetzung oder Aufhebung der Rente erfolgen soll, Gelegenheit zur Äußerung zu geben ist.“ — Zu den Unterlagen gehört aber in erster Reihe der ärztliche Befund. Dieser ist im dem Bescheide in besonderer Abschrift — wenn auch nicht vollständig, so doch in seinen wesentlichen Teilen — dem Rentenempfänger so ausführlich zur Kenntnis zu bringen, daß er in der Lage ist, selbst dazu Stellung zu nehmen, oder ihn durch einen anderen Arzt auf seine Richtigkeit nachprüfen zu lassen. Die Unterlassung der Befügung einer Abschrift des ärztlichen Befundes ist als ein wesentlicher Mangel des Verfahrens zu erachten.

Streit zwischen dem Werkmeister und dem Betriebsunternehmer wegen der Bezahlung der Krankentafel- und Invalidenversicherungsbeiträge für die von dem Werkmeister angenommenen Arbeiter. Zwischen einem Ziegeleibesitzer und einem Ziegelmeister war ein Vertrag zustande gekommen, gemäß welchem der Ziegelmeister den Betrieb völlig selbstständig übernahm. Der Ver-

dienst des Ziegelmeisters sollte sich nach der Anzahl der fabrizierten Ziegel richten, und aus diesem seinem Verdienst sollte der Meister die von ihm selbstständig in seinem Namen anzunehmenden Arbeiter entlohnen. Darüber, wer von den Beitragsparteien die Krankentafel- und Invalidenversicherungsbeiträge für die Arbeiter tragen sollte, war nichts Näheres vereinbart worden, und der Ziegelmeister forderte daher von dem Ziegeleibesitzer Erstattung der von ihm geleisteten, nach dem Gesetze den Arbeitgeber treffenden Beiträge. Der Ziegeleibesitzer wandte ein, der zwischen ihm und dem Ziegelmeister geschlossene Vertrag sei ein Werkvertrag, gemäß welchem der Ziegelmeister die Arbeiter im eigenen Namen annahm; es sei also nur ein Dienstvertrag zwischen den versicherungspflichtigen Arbeitern und dem Ziegelmeister abgeschlossen worden, und letzterer habe daher auch die Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträge zu leisten. Diese Ansicht des Ziegeleibesitzers hat das Oberlandesgericht Posen jedoch nicht gutgeheißen. Wenn auch nach den Vorschriften des Zivilrechtes ein Dienstvertrag von den Arbeitern nur mit dem Ziegelmeister abgeschlossen ist, so ist doch zur Leistung der fraglichen Beiträge derjenige verpflichtet, in dessen gewerblichen Betriebe der Lohn gezahlt wird. Die in Rede stehende Ziegelei wurde für Rechnung des Besitzers betrieben, denn er erhielt den Kaufpreis für die fabrizierten Ziegel, die Preisermäßigungen berührten nur ihn, er hatte zu bestimmen, was fabriziert werden sollte, und er war daher Unternehmer des Betriebes, welchem der Ziegelmeister — wirtschaftlich betrachtet — nur als selbstständige Mittelperson gegenüber stand. Der Ziegelmeister verfügte ja über die Arbeitskraft der von ihm angenommenen Arbeiter materiell nicht für sich, sondern für den Ziegeleibesitzer, und er gab den in seinem Arbeitslohn stehenden Arbeitslohn der Arbeiter wirtschaftlich an die nur weiter. Sonach hatte nicht er, sondern der Ziegeleibesitzer die freiliegenden Krankentafel- und Invalidenversicherungsbeiträge zu zahlen.

Gewerbegerichtlicher Schutz eines Koalitionsverbots. Das Gewerbegericht in Chemnitz räumte durch Urteilspruch einem Unternehmer das Recht ein, einen Arbeiter ohne Kündigung zu entlassen, weil dieser, entgegen dem Willen des Unternehmers, einer Gewerkschaft angehörte. Das Gewerbegericht begründete diesen merkwürdigen Spruch damit, daß die Bedingung der Organisationslosigkeit des betreffenden Arbeiters vor Abschluß des Arbeitsvertrages vereinbart worden sei. Diese Bedingung habe aber der Arbeiter nicht erfüllt, und somit sei der ganze Arbeitsvertrag nichtig. Dieser Auffassung könnte man zustimmen, wenn nicht das Koalitionsrecht ein gesetzlich anerkanntes Recht wäre. Da aber letzteres der Fall ist, so ist es eine ungerechte Benachteiligung des Arbeiters als dem wirtschaftlich schwächeren Teile, wenn ein Gewerbegericht einem Unternehmer ohne weiteres das Recht einräumt, den Arbeitern gesetzlich Gewährleistung zu entziehen. Was die Gewerbeordnung selbst anerkennt, sollte auf privatem Wege nicht unterdrückt werden dürfen; am allerwenigsten sollte aber ein Gewerbegericht zu einer solchen Gesetzesumkehrung die Hand bieten. Aus diesem Grunde betrachten wir die angeführte Entscheidung als ein unhaltbares Fehlurteil.

Patentschau.

(Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin-Lichtenberg, Scheffelstr. 10. — Auskünfte kostenfrei.)

Angemeldete Patente:

- Nr. 38a. B. 60 979. Mit einem Rotor verbundene Kreisfäge. Ernst Durckhardt, Mannheim. Ang. 28. November 1910.
- Nr. 34i. B. 64 262 Beschlag zur lösbaren Verbindung von Möbelleiten. Heinrich Busch, Hagen i. Westf. Ang. 21. August 1911.
- Nr. 37d. G. 33 269. Doppelt verglastes Fenster, dessen Scheibenzwischenraum mit einem, einen lufttrocknenden Stoff enthaltenden Behälter in Verbindung steht. Valerian Gilar, Wien. Ang. 10. Januar 1911.

Gebrauchsmuster:

- Nr. 38a. 491 829. Leimbod. Emil Deutsch, Bümlitz, Schweiz. Ang. 10. Mai 1911.
- Nr. 75c. 490 941. Polierapparat. Josef Geißler, Ragenried. Ang. 21. September 1910.

Hygienisches.

Bilden Lungenheilstätten eine Gefahr für Ihre Umgebung?

Von Dr. med. Hanauer-Frankfurt a. M.

(Nachdruck verboten.)

Den Vereinen zur Errichtung von Volksheilstätten erwachsen vielfach Schwierigkeiten dadurch, daß sich die Gemeinden mit aller Macht gegen die Errichtung der projektierten Heilstätten auf ihrem Gebiete wehren. Sie stärken eine Durchrechnung und Festsetzung ihrer Bewohner, eine Entwertung des Grund und Bodens usw. Auf das durchaus Unberechtigte einer derartigen Annahme ist neuerdings wieder von kompetenter Seite hingewiesen worden. Ergibt doch die Statistik, daß in denjenigen Orten, welche von jeher von Lungentranken zahlreich aufgesucht wurden, die Sterblichkeits- und Erkrankungsziiffer an Tuberkulose nicht zu-, sondern eher noch abgenommen hat. Das ist nachgewiesen von Söbersdorf, Cannes, Nervi und Soden. Ganz besonders beweiskräftig ist in dieser Hinsicht Davos. Dieser Kurort wird ausschließlich von Lungentranken besucht; die Kurgäste wohnen mitten in der Bevölkerung. Der Schweizer Arzt Dr. Kabi untersucht die Zahl der Gestorbenen in bezug auf Tuberkulosehäufigkeit, und er fand, daß die Sterblichkeit an dieser Krankheit kaum mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten habe, so daß Dr. Kabi zu dem Schluss kommt, daß die umwohnende Bevölkerung von Lungenturorten einer vergrößerten Ansiedlungsgefahr nicht ausgesetzt sei. Ferner wird mir Recht betont, daß die Volksheilstätten nicht bloß Heilstätten sind, sondern zugleich hygienische Erziehungsanstalten seien. Gerade die dort herrschende strenge Disziplin in bezug auf Beseitigung des Auswurfes, Desinfektion usw. habe auch einen außerordentlichen erzieherischen Wert in hygienischer Beziehung für den ganzen Bezirk.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder der Begräbniskasse 193b in Elbing, 226b in Freiburg und 4885b in Thorn restituieren mit den Beiträgen über die statutarische Frist. Erfolgt innerhalb 14 Tagen keine Begleichung derselben, so werden die Mitglieder gestrichen. Der Vorstand.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Versammlungskalender.

Donnerstag, 20. Januar 1912:

Bez. Ost und Möbelstichler.

Abds. 8 1/2 Uhr, b. Reich, Peters-

burger Str. 55, Jahrlabend.

Bez. Nord und Bauhölzer.

Abds. 8 1/2 Uhr, Baumstraße 143

b. Mattiang, Jahrlabend.

Bez. Südost und Klavier-

arbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b.

Höllschlager, Adalbertstraße 21,

Jahrlabend, Festmahlmänner-

versammlung.

Bez. Charlottenburg. Abends

8 1/2 Uhr, b. Brange, Spruce-

straße 5, Bezirksversammlung.

Bez. West. Abds. 8 1/2 Uhr, Groß-

schönhauser 29, Bezirksversamm.

Bez. Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr,

im „Werkstättenhaus“, Schloß-

straße 66, Jahrlabend.

Donnerstag, 27. Januar 1912:

Bez. Ost und Möbelstichler.

Abds. 8 1/2 Uhr, Kappeler 65,

Bezirksversammlung.

Bez. Ost- und Holzarbeiter. Abds.

8 1/2 Uhr, b. Essent, Stralauer

Str. 123, Jahrlabend.

Bez. Beschäftigung an den Ber-

einigungen kommen

Die Verwaltung.

Ortsverein Kirdorf.

Versammlung

Donnerstag, 20. Januar 1912,

7. Januar, 7. Januar, 1912.

Der Arbeitsnachweis und die

Kontrollstelle des Ortsvereins

Elberfeld-Barmen

beendet sich bei Kollegen Weibel,

Elberfeld, Baumstraße 14.

Der Arbeitsnachweis

des süddeutschen Bezirks

beendet sich

Ulrich a. D., Reichardtstr. 14.

Die Vorstände der Ortsvereine

werden dringend ersucht, offene

Stellen oder arbeitslose Kollegen

sofort nach hier zu melden; des-

gleichen die Adressen von den-

jenigen Mitgliedern des Orts-

vereins, die außerhalb des Stadt-

bezirks wohnen oder arbeiten.

Die Bezirksleitung

J. A. Baraholt.

Tüchtige

Bau- und Möbeltischler

für größeren Betrieb finden dauernde

Beschäftigung. Näheres durch den

Ausschuß des Ortsvereins Girsch-

berg in Schlesien.

Kollegen, welche den Aufenthalt

des Kollegen O. Feinger

suchen, werden dringend ersucht, die

Adressen der Kollegen O. Feinger,

Sammlung 21, Schötenstr. 40, II,

mitzutheilen.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Roulcurmollen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4,— Mk., 100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5,— Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6,— Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Kundshaft. — 100 sende franco. — Nichtkonvertierendes nehme in frankierter zurück. Bestand nicht unter 100 Stück. — 25 Pfeler, Berlinhaus, Berlin O., Neue Schönhauser Straße 16 — Geschäftsbet. 1886.

Patentschau

Zusammengestellt v. Patentbüro O. Krueger & Co. Abchriften billig, Auskünfte frei. Adr.: Berlin-Lichtenberg, Scheffelstr. 10; Telefon Amt Lichtenberg 528. Oder Dresden, Telefon 341.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkvereine Groß-Berlin

Sonntag, den 28. Januar 1912, abends 6 1/2 Uhr im Verbands Hause der Deutschen Gewerkvereine Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221 23 (großer Saal)

Unterhaltungsabend

bestehend in Rezitationen und musikalischen Vorträgen

Im Anschlusse hieran gemütliches Beisammensein

und Tanz

Eintrittskarten zu 30 Pf. inkl. Tanz sind in allen Bureaus und bei den Ortsvereinskassierern zu haben

Gellenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 M. im Gewerbevereinsbureau, Industriest. 18.

Tüchtige

Bau- und Möbeltischler

für sofort nach Stolp gesucht.

Näheres durch den Ortsvereins-

ausschuß.

Tüchtige, selbstständig arbeitende

Modelltischler

für dauernde Stellung gesucht.

Meldungen an das Arbeiter-

sekretariat Bremen, Dovenor-

stelweg 70.

5 bis 6 tüchtige

Möbelschreiner

bei dauernder Beschäftigung und

hohem Lohn sofort gesucht. Näheres

bei W. Krämer, Eberdach a. M.